
Tagung des Europäischen Rates am 15. und 16. Juni 2006 in Brüssel

Vorher anschreiben: Engagement, Diskussionsrunde (1.), Ratifizierungsprozess (3.)
Ratspräsidentschaft (5.), Konsultationen, Jubiläumsfeier (6.)
Atomgemeinschaft, Anfangsetappe (7.), Beitrittsländer, Globalisierung (9.), Beitrittskandidaten (10.)

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Für die Einladung zu Ihrem Europa-Kongress möchte ich mich herzlich bedanken. Ihre Organisation setzt sich seit mehr als 40 Jahren für den Zusammenschluss der europäischen Staaten auf demokratischer Grundlage ein. Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem großen Engagement für die europäische Einigung und wünsche Ihrem Kongress einen guten Verlauf. Sie haben mich gebeten, Ihnen vor Beginn der Diskussionsrunde einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rates im Juni dieses Jahres zu geben. Ich bin gern bereit, diesem Wunsch nachzukommen. Der Europäische Rat, der sich aus den Staats- und Regierungschefs der 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und dem Präsidenten der Europäischen Kommission zusammensetzt, ist am 15. und 16. Juni 2006 in Brüssel zusammengetreten. Bei den eingehenden Diskussionen haben die umstrittene Europäische Verfassung und die künftige Erweiterung der Europäischen Union im Mittelpunkt gestanden. Meine Damen und Herren! Wenn von der Europäischen Verfassung die Rede ist, erinnern wir uns sofort daran, dass im Frühjahr 2005 die Volksabstimmungen über den Verfassungsvertrag in Frankreich und in den Niederlanden gescheitert sind. In beiden Ländern ist der Verfassungsvertrag von der Bevölkerung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden. Aus diesem Grunde haben die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen im vorigen Jahr zu einer Denkpause aufgerufen und beschlossen, den Ratifizierungsprozess bis Mitte 2007 zu verlängern. In der Zwischenzeit sind in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union

1/4

1/2

3/4

1./160

1/4

1/2

3/4

2./180

1/4

1/2

3/4

ausführliche Diskussionen darüber geführt worden, auf welche Weise ein Ausweg aus der Verfassungskrise gefunden werden kann. Der Europäische Rat hat die Absicht der Re-

3./200

gierungen in den Mitgliedstaaten begrüßt, die Bürger in die Debatte über die Frage einzubeziehen, wofür Europa im 21. Jahrhundert stehen soll. Leider müssen wir auch nach dem Gipfel-

 $\frac{1}{4}$

treffen in Brüssel feststellen, dass es nach wie vor keine konkreten Fortschritte in der Verfassungsfrage gibt. Bis heute ist die Europäische Verfassung von 15 Mitglied-

 $\frac{1}{2}$

staaten der Europäischen Union ratifiziert worden. Dazu gehört auch die Bundesrepublik Deutschland. Als 16. EU-Mitglied hat Finnland seine Zustimmung angekündigt. Allerdings ist weiterhin unklar,

 $\frac{3}{4}$

wie die Regierungen Frankreichs und der Niederlande nach den negativen Volksabstimmungen im vorigen Jahr mit dem Verfassungsvertrag umgehen werden.

Darüber hinaus gibt es aus Tschechien starken

4./220

Widerstand, und als weitere Problemfälle müssen an dieser Stelle Großbritannien und Polen genannt werden. Vor diesem Hintergrund haben die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel die endgülti-

 $\frac{1}{4}$

ge Entscheidung über die Europäische Verfassung zunächst vertagt. Bei den Bemühungen um die Überwindung der Verfassungskrise wird der Bundesrepublik Deutschland, die zum Jahreswechsel die Ratspräsidentschaft über-

 $\frac{1}{2}$

nimmt, besondere Bedeutung zukommen. Die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland hat in Brüssel an alle Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union appelliert, die Debatte über die

 $\frac{3}{4}$

Europäische Verfassung so schnell wie möglich zum Abschluss zu bringen. Die Bundesrepublik Deutschland wird dem Europäischen Rat im ersten Halbjahr 2007 einen Bericht vorlegen, der sich auf die ausführ-

5./240

lichen Konsultationen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union stützt. Dieser Bericht soll eine Bewertung der Beratungen über die Europäische Verfassung enthalten und mögliche künftige Entwicklungen aufzeigen.

 $\frac{1}{4}$

Im Anschluss daran wird der Bericht vom Europäischen Rat geprüft werden. Die Ergebnisse dieser Prüfung sollen als Grundlage für die weiteren Beschlüsse darüber dienen, wie der Verfassungsprozess in den nächsten Jahren fortgesetzt werden kann. Meine Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die Bundeskanzlerin das Gipfeltreffen zum Anlass genommen hat, die in Brüssel versammelten Staats- und Regierungschefs für den 25. März 2007 zu einer Jubiläumsfeier nach Berlin einzuladen. Auf einem Sondergipfel soll der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge festlich begangen werden. Im Jahre 1957

1/2
3/4
6./260

hatten sechs westeuropäische Länder mit dem Abschluss der Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft zwei wesentliche Bestandteile der späteren Europäischen Gemeinschaften begründet. Zusammen mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist daraus im Laufe der Zeit die Europäische Union entstanden. Insofern ist die Unterzeichnung der Römischen Verträge eine wichtige Anfangsetappe auf dem Weg zur Europäischen Union gewesen. Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Einladung der Bundeskanzlerin eine persönliche Bemerkung. Ich bin der Meinung, dass kein anderer Ort besser geeignet ist als Berlin, um die erfolgreiche Vergangenheit der europäischen Einigung zu feiern und gleichzeitig die Zukunft Europas zu diskutieren. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass Berlin weltweit als ein Symbol für die Überwindung der Teilung Europas und für den Aufbruch

1/4
1/2
3/4
7./280

in eine gemeinsame Zukunft gilt. Meine Damen und Herren! Neben dem weiteren Schicksal der europäischen Verfassung hat die Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitgliedstaaten im Mittelpunkt der Diskussionen des Europäischen Rates gestanden. Die Staats- und Regierungschefs haben auf ihrer Tagung in Brüssel zur Kenntnis genommen, dass von den Außenministern der Mitgliedstaaten auf ihrem Treffen im Frühjahr dieses Jahres in Österreich erste Gespräche über dieses Thema geführt worden sind. Der Euro-

1/4
1/2

päische Rat ist daher übereingekommen, dass diese allgemeinen Beratungen in den nächsten Monaten fortgesetzt werden sollen. Die Staats- und Regierungschefs haben noch einmal nachdrücklich betont, dass sich die Erweiterung der Europäischen Union als historische

$\frac{3}{4}$

Chance erwiesen hat, zu der es keine politische Alternative gibt. Nur auf diese Weise können der Frieden und die Demokratie in Europa langfristig gesichert werden. Darüber hinaus ist die Erweiterung ein wirksames Instrument, um die wirtschaftlichen Ver-

8./300

hältnisse und den Lebensstandard der Bevölkerung in den Beitrittsländern zu verbessern. Die Erweiterung wird zweifellos dazu beitragen, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft erhöhen können. Damit wird die Voraussetzung dafür ge-

$\frac{1}{4}$

schaffen, die Herausforderungen der Globalisierung und der weltweiten Veränderungen in der nächsten Zeit noch besser zu bewältigen. In diesem Zusammenhang hat der Europäische Rat den Bericht der Europäischen Kommission über den wirtschaftlichen Erfolg der Osterweite-

$\frac{1}{2}$

rung begrüßt, die den bevorstehenden Beitritt Bulgariens und Rumäniens einschließt. Meine Damen und Herren! Ich halte es für angebracht, an dieser Stelle einige Bemerkungen zum Beitritt Bulgariens und Rumäniens zu machen. Als am 1. Mai 2004 mit der Aufnahme

$\frac{3}{4}$

von zehn neuen Mitgliedstaaten in die Europäische Union die größte Erweiterung in der Geschichte der europäischen Einigung stattfand, konnten diese beiden Länder der Gemeinschaft noch nicht beitreten. Sie sind seinerzeit an der vollständigen Erfüllung der Kriterien für die Auf-

9./320

nahme neuer Mitglieder gescheitert. Aus diesem Grunde sind in den folgenden Jahren weitere Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden beitragswilligen Staaten und der Europäischen Union notwendig geworden. Auf seiner Tagung in Brüssel hat der Europäische Rat bekräftigt, dass es das

$\frac{1}{4}$

Ziel der Mitgliedstaaten der Europäischen Union bleibt, Bulgarien und Rumänien im Januar 2007 als neue Mitglieder zu begrüßen. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben die Reformanstrengungen, die die beiden Länder vor allen Dingen in letzter Zeit unternommen haben, ausdrücklich

$\frac{1}{2}$

gewürdigt. Auf der anderen Seite haben sie die beiden Beitrittskandidaten mit allem Nachdruck dazu aufgefordert, ihre Bemühungen zu intensivieren, um die noch bestehenden Probleme, auf die die Europäische Kommission in ihrem jüngsten Bericht hingewiesen hat, so bald wie möglich zu

$\frac{3}{4}$

lösen. Der Europäische Rat ist nach wie vor davon überzeugt, dass die beiden osteuropäischen Länder den notwendigen politischen Willen aufbringen und die Defizite beseitigen werden, damit sie der Europäischen Union am 1. Januar 2007 beitreten können.

10./340

* * * * *

Beginn der 4. Minute: ... Regierungen in den Mitgliedstaaten ...